

Was tun gegen Rechts?

Machtvolles Vorgehen gegen Extremisten!

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg und Birgit Monteiro, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Rechtsextremismus ist ein Problem in Deutschland, das auf keinen Fall verharmlost werden darf und das den langen Atem aller demokratischen Kräfte erfordert. Er hat differenzierte Ausprägungen und ist ebenso vielschichtig in seinen Ursachen. Genau das macht es so schwierig, dagegen vorzugehen. Es gibt keine Patentlösungen und gegenseitige **Schuldzuweisungen unter Demokraten gleich ob aus Ost oder West spielen den (Neo-)Nazis nur in die Hände**, lassen sie Zeit gewinnen.

Verbote von rechten Parteien, Vereinen oder anderen Organisationsformen behandeln nur Symptome und bringen das rechtsextreme Gedankengut nicht aus den Köpfen. Langfristige, nachhaltige Arbeit ist gefragt, auch wenn sie nicht immer sofort Erfolge erkennen lässt. **Wir müssen dicke Bretter bohren!**

In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 17.11.04 kündigte die Bezirksbürgermeisterin Frau Emmrich (PDS) an, eine „machtvolle“ Demonstration gegen den geplanten NPD-Aufmarsch in Lichtenberg am Samstag, den 20.11.04, organisieren zu wollen.

Wir unterstützten den Aufruf zu dieser Demonstration, brachten aber gleichzeitig unsere Bedenken zum Ausdruck, ob es realistisch sei, **in der**

Kürze der Zeit eine angemessene Mobilisierung hinzubekommen. Frau Emmrich kündigte darauf hin u.a. an, die ca. 3300 Mitarbeiter des Bezirksamtes Lichtenberg mobilisieren zu wollen, an der Gegendemonstration gegen den NPD-Aufmarsch teilzunehmen. Leider haben sich unsere Befürchtungen bewahrheitet, denn **es nahmen nach Polizeiangaben nur ca. 70 Bürgerinnen und Bürger an der Demonstration teil. Ein schlechtes Bild für die Demokratie!** Deshalb hinterfragten wir die Umsetzung der Ankündigungen der Bezirksbürgermeisterin in der BVV am 15.12.04 und stellten zudem einen Antrag, der das Bezirksamt ersucht, eine Strategie gegen Demonstrationen von Extremisten aller Art zu entwickeln. Dies soll unter folgenden Prämissen geschehen: 1. Wir Demokraten bestimmen Termin und Inhalt unseres Handelns gegen Extremisten, 2. Eine breite Front an Organisatoren sorgt für eine hohe Beteiligung, 3. Die Bürgerinnen und Bürger sind einzubeziehen, 4. Die Organisation erfolgt professionell, 5. Die realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten.

Der Antrag wurde wegen Sitzungsendes um 22.00 Uhr auf die BVV am 19.01.05 vertagt. Es bleibt zu hoffen, dass er die Zustimmung aller Bezirksverordneten findet!

Große Erfolge – klein gemeldet

■ Die SPD-Fraktion Lichtenberg hat einen Antrag in die BVV am 15.12.04 eingebracht, der das Bezirksamt ersucht, beim Übertragungsprozess von öffentlichen Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE) in freie Trägerschaft, in jeder der fünf Regionen des Bezirks mindestens zwei JFE in öffentlicher Trägerschaft zu erhalten und auf eine Trägervielfalt zu achten. Sollte ein freier Träger eine ihm übertragene JFE nicht mehr betreiben können, so ist diese einem anderen freien Träger anzubieten oder wieder in öffentliche Trägerschaft zurück zu nehmen.

Mit diesem Antrag soll eine **Grundversorgung mit JFE in allen Regionen zu jeder Zeit** gewährleistet bleiben. Der Antrag wurde zunächst in den Ausschuss für Jugendhilfe überwiesen.

■ Ein Antrag der SPD-Fraktion Lichtenberg für die BVV am 19.01.05 ersucht das Bezirksamt zu prüfen, ob durch einen kommerziellen Anbieter **in allen Bürgerämtern des Bezirks Getränkeautomaten** aufgestellt werden können.

Dies soll für die wartenden Bürgerinnen und Bürger zu **mehr Aufenthaltsqualität** beitragen.

Die SPD-Fraktion Lichtenberg wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Bezirks ein frohes und gesundes Neues Jahr 2005!

Zur Mittelvergabe für Freie Träger der Jugendhilfe

Engagiert – befangen?

von Kurt Hemmerlein,

stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg und Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Zum Jahresende galt es im Jugendhilfeausschuss (JHA) des Bezirks Lichtenberg wieder, die nicht gerade üppigen Mittel für die Jugendarbeit der freien Träger möglichst gerecht zu verteilen.

Dies ist die berühmte Quadratur des Kreises, da zur Erreichung einer flächendeckenden und angemessenen Versorgung mit Plätzen in Jugendfreizeiteinrichtungen viel mehr Projekte gefördert werden müssten, als dies bisher möglich war und ist. **Zusätzlich kompliziert wird es dann, wenn die Finanzierung neuer interessanter Projekte beantragt wird, gleichzeitig aber die bestehenden nachweislich gute Arbeit geleistet haben.**

Vor diesem Hintergrund traf sich die Arbeitsgruppe Jugendhilfeplanung (AG JHPI), die sich zusammensetzt aus drei Vertretern der Parteien (je einen von CDU, PDS, SPD), drei Bürgerdeputierten und dem Vorsitzenden des JHA sowie Vertretern der Verwaltung des Jugendamtes, um einen Vorschlag zur Förderung für 2005 für die Sitzung des JHA vorzubereiten. Allerdings kam es dazu im ersten Anlauf nicht: **Der Vorsitzende**

des JHA Herr Grunst (PDS) warf plötzlich das Problem der Befangenheit auf. Diesmal aber nicht nur in dem bisher bekannten Rahmen, dass die in den jeweiligen Regionen betroffenen Mitglieder des JHA nicht an der Diskussion und Abstimmung zur betreffenden Region teilnehmen. Nein, **diesmal sollten diese gewählten Vertreter grundsätzlich von den gesamten Abstimmungen ausgeschlossen werden.** Das hätte bedeutet, dass von den 15 stimmberechtigten Mitgliedern 7 von der Abstimmung ausgeschlossen worden wären, 6 PDS-Mitglieder und je ein Vertreter von CDU und SPD – also faktisch die PDS alleine – über die Mittelvergabe entschieden hätten. (Zur Erinnerung: Der JHA besteht aus 9 Parteienvertreter [6 PDS, 2 SPD, 1 CDU] und 6 Bürgerdeputierten, die von freien Trägern aufgestellt werden.). **Diese Auffassung hielt einer Prüfung durch das Rechtsamt glücklicherweise nicht stand,** auch der Ältestenrat der BVV teilte die Auffassung von Herrn Grunst nicht. Der einzige „Erfolg“ der Aktion war, dass die AG JHPI erneut zusammen kommen musste. Deren Vorschlag folgte

der JHA auf seiner Sitzung am 25.11.04 weitestgehend. Die PDS-Fraktion konnte ihre Vorstellungen nur dort umsetzen, wo sie sich mit denen der AG JHPI deckten. **Als Erfolg kann in diesem Zusammenhang gewertet werden, dass das engagierte Projekt der Falken – die „Falkenburg“ – weiter gefördert wird, ebenso wie Spik e.V.** Auch dem Projekt „Lücke“ wurden Gelder zur Verfügung gestellt, obwohl es bisher nicht aus Mitteln des Jugendamtes gefördert wurde. **Zurück blieben nach diesen Vorgängen verärgerte Bürgerdeputierte.** Diese fragen sich, weshalb ihr Engagement im Bezirk plötzlich zu solch weitgreifender Befangenheit führen sollte. Ist jeder mit Sachverstand Ausgestattete befangen? Sollten sich politisch Engagierte von Vereinen fern halten? Alles etwas merkwürdig für eine PDS, die doch sonst nicht genug ihre Volksverbundenheit demonstrieren kann. Offensichtlich wollte die PDS auch im JHA die in der BVV gewohnte absolute Mehrheit erreichen, um ihre Vorstellungen ohne Rücksicht auf andere durchsetzen zu können. Dies ist ein bisher einmaliger und ungeheurerlicher Vorgang!

Karlshorster Gymnasium von Schließung bedroht

„Don`t panik - Go Coppi“ – Wie lange noch?

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

„Don`t panik – Go Coppi“ stand auf einem Transparent von ca. 650 Schülern, Lehrern und Eltern, die am 06.01.05 für den Erhalt der Hans-und-Hilde-Coppi-Oberschule am Römerweg 30/32 (dem einzigen Gymnasium im Lichtenberger Ortsteil Karlshorst) demonstrierten. Geht es nach dem Willen von Lichtenbergs Bildungsstadtrat Michael Räßler (PDS) wird es aber bald nicht mehr möglich sein „ohne Panik aufs Coppi zu gehen“. Denn sein Schulamt schreibt bereits in der aktuellen Ausgabe der Bezirksbroschüre „Lichtenberger Oberschulen stellen sich vor“, dass es vorgesehen sei, die Immanuel-Kant-Oberschule und die Hans-und-Hilde-Coppi-Oberschule am Standort Lückstraße (Standort des Kant-Gymnasiums in Friedrichsfelde) zu fusionieren. **Dies finden wir einen ungeheuerlichen Vorgang,** denn zum einen ist die Entscheidung noch

nicht gefallen und zum anderen wurde diese Broschüre gedruckt, **bevor überhaupt der Bildungsausschuss oder die BVV Lichtenberg über die Schließungsabsicht informiert wurde.** Wollte Stadtrat Räßler (PDS) hier vollendete Tatsachen schaffen? Es entsteht zumindest der starke Eindruck, dass sowohl der Bildungsausschuss als auch die BVV übergangen werden sollten. Nachdem nun massiver öffentlicher Druck entstanden ist, kündigte Herr Räßler an, Alternativen zur geplanten Fusion der Gymnasien – die wegen dramatisch sinkender Schülerzahlen unabdingbar sei – zu prüfen. Richtig ist, dass die Schülerzahlen insgesamt erheblich sinken und weiter sinken werden. Fraglich ist aber, ob das auch in Karlshorst so drastisch der Fall sein wird, denn **dies ist der einzige Ortsteil Lichtenbergs der einen Zuzug (Von jungen Familien!) zu verzeichnen**

hat. Zudem entstehen viele neue Eigenheime und es gibt Wohnungsbauvorhaben – wie etwa an der Trabrennbahn Karlshorst – deren Folgen die Entscheidung in ein paar Jahren als völlig verfehlt entlarven könnten. **Wir als SPD-Fraktion sind der Ansicht, dass die Politik langfristige Entwicklungen bei ihren Entscheidungen berücksichtigen muss** und werden deshalb diese stadtplanerischen Aspekte in unseren Abwägungsprozess mit einbeziehen.

Impressum:
Herausgeber: SPD-Fraktion
in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein,
Boris Schymetzko